

LATEINAMERIKA

Ölrente für alle

Staatliche Energiekonzerne fordern höhere Abgaben von ausländischen Firmen, sichern aber auch die Versorgung der Industriestaaten und ermöglichen den Förderländern eine Modernisierung. Eine Analyse.

Evo Morales hatte seinen Amtseid noch nicht geleistet, als ein erfahrener Diplomat ihm schon mit gutem Rat zur Seite stehen wollte. Javier Solana, der EU-Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik, mahnte Anfang Januar, dass "Rechtssicherheit fundamental ist, damit ausländische Investitionen ankommen und die Entwicklung voranschreitet". Doch offenbar hat Morales nicht aufmerksam gelauscht. "Ich dachte, er hätte verstanden, was ich ihm gesagt habe", sagte Solana am Dienstag der vergangenen Woche. Nun aber müsse er erkennen, dass Morales "nicht alles verstanden" und deshalb eine verhängnisvolle Entscheidung getroffen habe, unter deren Folgen "die Bürger Boliviens leiden werden".

Neben dem brasilianischen Staatskonzern Petrobrás sind vor allem europäische Unternehmen von der Verstaatlichung der Erdgasressourcen Boliviens betroffen, und so blieb es der EU-Kommission vorbehalten, ihre "Sorge" zu äußern. Überraschend zurückhaltend reagierte dagegen die US-Regierung. Ihr Sprecher Scott McClellan vermachte keinen "offiziellen Wandel" zu erkennen, noch sei ungewiss, ob die bolivianische Regierung wirklich "von der Privatisierung zur Nationalisierung" übergehen werde. "Wir haben keine Klarheit darüber, wie die Auswirkungen auf Verträge und Investitionen sein werden", sagte der US-Handelsrepräsentant Rob Portman.

Die Gelassenheit dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Folgen der Verstaatlichung nicht ganz so unklar sind, wie Portman behauptet. Die europäische und brasilianische Konkurrenz muss in Zukunft höhere Abgaben zahlen, enteignet wird jedoch vorerst niemand, sodass die Grundlagen des kapitalistischen Geschäftslebens nicht gefährdet sind.

Freihandel versus Preisregulierung

Morales hat die günstige Gelegenheit ergriffen, um eine Maßnahme durchzusetzen, die für jeden von Rohstoffexporten abhängigen Staat ökonomisch vernünftig ist. Nur das Staatsmonopol bei der Verteilung von Lizenzen und der Vermarktung gibt der Regierung die nötige Verhandlungsmacht, um von den Konzernen hohe Abgaben zu erzwingen. Ein solches Monopol zu etablieren, gelingt fast nur Staaten, die über strategisch wichtige Rohstoffe wie Öl oder Erdgas verfügen, und auch sie müssen eine vorteilhafte politische Situation abwarten.

Die Gründung der Opec im Jahr 1960, die maßgeblich auf



Ökonomisch vernünftig? Bolivianische Soldaten vor dem Eingang zu einer Raffinerie des brasilianischen Staatskonzerns Petrobrás, nachdem Präsident Morales die Verstaatlichung der Erdgasressourcen angekündigt hat. (Foto: Indymedia)

eine Initiative Venezuelas zurückging, bewirkte allein noch wenig. Erst die Ölkrise ermöglichte es den Staaten des Nahen Ostens, die begehrten Quellen unter staatliche Kontrolle zu stellen. Das taten dann Anfang der siebziger Jahre alle, das "arabisch-sozialistische" Regime des Irak ebenso wie das islamisch-reaktionäre Königshaus Saudi-Arabiens.

Lateinamerikanischer "New Deal"

Einige Jahre lang waren die "gierigen Ölscheichs" das Ziel von Spott und Kritik, mittlerweile aber beklagt sich niemand mehr darüber, dass jedes Geschäft im saudischen Energiesektor mit dem Staatskonzern Saudi Aramco abgewickelt werden muss. Die Monopolisierung hat auch Vorteile. Westliche Politiker geben das ungern zu, weil es den Dogmen des Freihandels widerspricht. Andererseits aber fordern sie unermüdlich einen "vernünftigen" Ölpreis, während sie sich um die Preise für Bier, Seife oder Fernseher wenig scheren. Die Versorgung westlicher Unternehmen mit Energie zu "vernünftigen" Bedingungen gewährleisten am besten eine begrenzte Zahl von Staatskonzernen in den Förderländern, die allein in der Lage sind, für die zur Preisregulierung notwendige Steigerung oder Drosselung der Produktion zu sorgen.

Den Förderstaaten sichert das Staatsmonopol nicht nur höhere Einnahmen. Es verschafft ihnen größeren Ein-

fluss in der internationalen Politik, potenziell aber auch mehr Macht gegenüber der Bevölkerung. Die ausländischen Lizenznehmer sorgen mit einer überschaubaren Zahl einheimischer Arbeitskräfte für gesicherte Einnahmen, eine "Rente", bei deren Verteilung die Regierung die Auswirkungen auf die gesellschaftliche Produktivität nicht berücksichtigen muss. Im Zentrum der innenpoliti-

schen Auseinandersetzung steht daher der Zugang zur Ölrente.

Das Konzept des Rentenstaates wurde für die Analyse der Ölstaaten des Nahen Ostens entwickelt, deren Regierungen zwar häufig recht generös Wohltaten an privilegierte Bevölkerungsgruppen verteilen, aber wenig für die gesellschaftliche Modernisierung taten. Auf Venezuela und Bolivien ist es nicht ohne weiteres anwendbar. Seit dem Streik der iranischen Ölarbeiter im Jahr 1979 gab es in den Rentenstaaten des Nahen Ostens keinen Klassenkampf mehr, der ein Regime hätte gefährden können. Die Verstaatlichung der bolivianischen Erdgasressourcen, die Entstehung der "bolivianischen Alternative" und die Sozialprogramme in Venezuela dagegen sind eine Folge des Drucks sozialer Bewegungen.

Ölrente als innenpolitischer Machtfaktor

Wenn nun kubanische Mediziner dorthin gehen, wo noch nie zuvor ein Arzt gewesen ist, der Analphabetismus bekämpft wird und bislang durch rassistische Diskriminierung benachteiligte Bevölkerungsgruppen integriert werden, steigert das auch die gesellschaftliche Produktivität. Morales und Chávez haben jedoch mit dem gleichen Undank zu kämpfen, der schon anderen bedeutenden Sozialdemokraten wie Franklin D. Roosevelt entgegenschlug. Die Unternehmer wünschen sich gesunde und gebildete Arbeitskräfte, nur bezahlen wollen sie dafür nicht. Der "New Deal", der in den Gesellschaften Venezuelas und Boliviens durchgesetzt werden soll, ist eine längst fällige Maßnahme der kapitalistischen Modernisierung.

Doch da die unsichtbare Hand des Marktes oftmals hinter dem Rücken der sozialen

Akteure wirkt, ist das Konzept des Rentenstaates auch für Venezuela und Bolivien von Bedeutung. Einerseits können sich die Regierungen beider Länder nicht wie gönnerhaft über der Gesellschaft thronende Wohltäter verhalten. Andererseits dürften sie der Versuchung, die Verteilung der Einnahmen für die Belohnung von Verbündeten und die Bestrafung von Kritikern einzusetzen, auf Dauer aber kaum widerstehen können. Für die Anführer hierarchisch strukturierter sozialer Bewegungen ist der Zugriff auf das von der Regierung verwaltete Geld wiederum entscheidend, um sich die Loyalität ihrer Anhänger zu sichern.

Es ist unwahrscheinlich, dass die charismatische Führung der beiden linken Präsidenten und die recht diffuse bolivianische Ideologie ausreichen, um bei Interessenkonflikten einen Ausgleich zu schaffen. Auch Chávez scheint zu fürchten, dass seine Popularität schwinden könnte, und möchte sich der lästigen Pflicht entziehen, ständig zur Wiederwahl antreten zu müssen. Vor kurzem kündigte er ein Referendum an, bei dem die Venezolaner über eine etwas längere Amtszeit entscheiden sollen: "Ich werde euch, alle Leute, fragen, ob ihr zustimmt, dass Chávez bis 2031 Präsident sein wird."

Jörn Schulz

Avis

Ministère des Travaux publics

Administration des Bâtiments publics

Division de la Gestion du Patrimoine

Avis d'adjudication

Ouverture de la soumission: **mardi 20 juin 2006 à 10:00 heures**, Administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à L-1475 Luxembourg

Lycée technique des Arts et Métiers à Luxembourg (Aile des Ateliers A/B/C)

Objet: **renouvellement des installations électriques et d'éclairage**

Envergure: Démontage de l'installation existante, nouvelle installation comprenant:

28 tableaux BT, 2.000 m câblage d'alimentation, 33.000 m câblage divers, 300 m chemin de câble, 4.900 m tuyaux gaines, 550 luminaires apparents, 180 lignes de rail porteur pour 4 à 7 luminaires
Début/Durée prévisible: La durée des travaux est de 100 (2 x 50) jours ouvrables se déroulant sur les années 2006 et 2007 à débuter au mois d'août 2006.

Les intéressés sont tenus d'introduire leur candidature écrite au minimum 24 heures avant de retirer le dossier de soumission à

L'Administration des Bâtiments publics "Soumissions"

Boîte postale 112 L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers des charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du mercredi 31 mai 2006.

Les offres portant l'inscription 'Soumission pour les travaux de renouvellement des installations électriques et d'éclairage à exécuter dans l'intérêt du Lycée technique des Arts et Métiers' sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

Luxembourg, le 23 mai 2006.

Le ministre des Travaux publics
Claude Wiseler